

Liebe Leserinnen und Leser,



der Newsletter informiert regelmäßig über aktuelle sozial- und gesundheitspolitische Themen in Sachsen und stellt GRÜNE-Initiativen im Landtag vor.

Wir haben uns mit einem Gesetzentwurf dafür eingesetzt, [Wahlrechtsausschlüsse](#) und Zugangsbarrieren abzuschaffen, damit Menschen mit Behinderungen an den Wahlen 2019 gleichberechtigt teilnehmen können. Der Bericht der [Enquete-Kommission Pflege](#) in Sachsen liegt nun vor. Die GRÜNE Fraktion hat dazu ein Minderheiten-votum verfasst und ein Sofortprogramm gefordert. In einem Antrag fordern wir die Staatsregierung auf, die [Gesundheitsrisiken durch den Klimawandel](#) ernster zu nehmen als bisher und Hitzeaktionspläne zukünftig zentral zu koordinieren. Mit Anträgen haben wir uns dafür eingesetzt, das Praktische Jahr im [Medizinstudium](#) attraktiver zu gestalten, die [Gesundheit](#) von sächsischen Lehrer\*innen zu fördern. [Mikroplastik](#) möchten wir einschränken. Anhand von Kleinen Anfragen werfe ich einen kritischen Blick auf die Kosten der [Cannabis](#)strafverfolgung. Die [Hebammen](#)-Studie und der [Sozialbericht](#) sind nun öffentlich, daraus ergeben sich für mich landespolitische Aufgaben, die jetzt angegangen werden müssen. Im Plenum und im Sozialausschuss wurden die Themen [Impfpflicht](#), [Kinder- und Jugendbeteiligung](#), die [psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung](#) von Kindern und Jugendlichen, ein [Familienfeiertag](#), das [Krankenhausgesetz](#) und die [Pflegeversicherung](#) kontrovers diskutiert.

Eine spannende Lektüre wünscht Volkmar Zschocke.  
Über Rückmeldungen freue ich mich.

## **Wahlrechtsausschlüsse**

Die wahlrechtlichen Bestimmungen in Sachsen schließen derzeit viele Menschen mit Behinderungen automatisch vom Wahlrecht aus und erlauben ihnen nicht, zu wählen oder sich wählen zu lassen. Es kann nicht sein, dass volljährigen Staatsbürgern dieses zentrale Bürgerrecht weiterhin vorenthalten wird. Betreuung bedeutet doch nicht, dass Menschen nicht entscheidungsfähig sind. Betreuung bedeutet vielmehr, dass sie Unterstützung brauchen, um Entscheidungen zu treffen. Die Landtagsmehrheit aus CDU und SPD hat Ende Januar den Gesetzentwurf von uns GRÜNEN, der Wahlausschlüsse von Menschen mit Behinderungen beseitigen und die Teilnahme an Wahlen erleichtern sollte, abgelehnt. Am 15. April hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass in allen ihren Angelegenheiten Betreute und wegen Schuldunfähigkeit in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebrachte Straftäter nicht mehr vom Wahlrecht ausgeschlossen werden dürfen und dass entsprechenden Anträgen auf Eintragung in Wählerverzeichnisse für die Europawahl stattzugeben ist. Ich habe die Koalitionsfraktionen aufgefordert, jetzt umgehend eine interfraktionelle Verständigung mit dem Ziel herbeizuführen, dass die bisher vom Wahlrecht Ausgeschlossenen auch an den Kommunalwahlen im Mai

teilnehmen können. Andernfalls entsteht eine nicht hinzunehmende Ungleichbehandlung. Die Staatsregierung hat beim Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen einen Antrag auf einstweilige Anordnung eingereicht, damit die Wahlrechtsausschlüsse durch kurzfristigen Gerichtsentscheid nicht zur Anwendung kommen.

- [GRÜNER Gesetzentwurf](#)
- [Pressemitteilung zum GRÜNEN Gesetzentwurf](#)
- [Rede zum Gesetzentwurf](#)
- [Video zur Rede \(leichte Sprache und Gebärdensprachdolmetscher\)](#)
- [Pressemitteilung: Bundesverfassungsgericht kippt Wahlrechtsausschluss für Behinderte](#)
- [Pressemitteilung des Sächsischen Behindertenbeauftragten](#)
- [Pressemitteilung zum Bundesverfassungsgerichtsurteil](#)

### **Enquete-Kommission Pflege**

Bei der Einsetzung der Enquete vor drei Jahren war ich skeptisch. Meine Befürchtung war, dass wir viel Zeit verlieren und es in dieser Legislatur nicht mehr zur Umsetzung der Empfehlungen kommt. Jetzt ist die Legislatur fast vorbei. Deswegen appelliere ich an Staatsregierung und Koalition, umgehend mit der Umsetzung der Handlungsempfehlungen zu beginnen. Sonst waren es für diese Legislatur am Ende wirklich drei verlorene Jahre. Deswegen habe ich mich dafür eingesetzt, im Bericht eine Empfehlung für Sofortmaßnahmen zu verankern. Sie sollen ermöglichen, noch in dieser Wahlperiode den Weg für bessere Bedingungen in der Pflege zu ebnen. Der Vorschlag umfasst zehn Maßnahmen zu Verbesserungen in den Bereichen Wohnen und Quartier, Ausbildung, pflegende Angehörige sowie Wertschätzung und Stärkung der Fachkräfte. Diese Maßnahmen sind nicht strittig, strittig ist nur der Zeitpunkt der Umsetzung. Wir GRÜNE sagen: Das können wir sofort machen! Warum die Legislatur verstreichen lassen? Es gilt jetzt schnell große Schritte zu gehen, um einer der größten gesellschaftlichen Herausforderung unserer Zeit begegnen zu können.

- [Entschließungsantrag zum Enquete-Bericht](#)
- [Pressemitteilung](#)
- [Rede](#)
- [Enquete-Bericht mit Minderheitenvotum \(S. 385\)](#)

### **Gesundheitsrisiken durch den Klimawandel**

Sachsen hat in den letzten 15 Jahren bereits zwei Hitzesommer erlebt – 2003 und 2018. Die anhaltende Hitze belastet viele Menschen in Sachsen gesundheitlich. Insbesondere Säuglinge, Kleinkinder, chronisch Kranke und ältere Menschen sind davon betroffen. Es reicht nicht aus,

dass Gesundheitsministerin Barbara Klepsch (CDU) die sächsische Bevölkerung per Pressemitteilung dazu aufruft, ausreichend Wasser zu trinken, sich ein schattiges Plätzchen zu suchen und die Haut mit Sonnencreme gegen die steigende UV-Strahlungsintensität zu schützen, wie sie es 2018 tat. Die Staatsregierung muss Kommunen und Landkreise unterstützen, sich besser auf die zunehmenden Extremwetterereignisse und die damit einhergehenden Gesundheitsrisiken vorzubereiten. In einem Antrag fordert unsere Fraktion die Staatsregierung dazu auf, die Gesundheitsrisiken durch den Klimawandel ernster zu nehmen als bisher, Risikogebiete für besondere gesundheitliche Hitzebelastungen zu kartieren, damit regionale Hitzeaktionspläne zukünftig zentral koordiniert werden können und der Gesundheitsschutz der sächsischen Bevölkerung gefördert werden kann. Unsere Initiative wurde im April-Plenum mit den Stimmen von CDU und SPD abgelehnt.

- [GRÜNER Antrag](#)
- [Pressemitteilung](#)
- [Rede](#)

## Medizinstudium

Das Praktische Jahr ist ein elementarer Bestandteil der deutschen Medizinausbildung, dabei wird das theoretisch im Studium Gelernte durch praktische Erfahrungen ergänzt. Die Rahmenbedingungen, unter denen die Teilnehmenden arbeiten, sind jedoch in Sachsen sehr ungleich ausgestaltet. Dies ist deshalb problematisch, da das Praktische Jahr zumeist in Vollzeit abgeleistet wird und keine Zeit für einen Nebenerwerb zur Lebensunterhaltssicherung zulässt. Wir wollen verhindern, dass Medizinstudierende in ihrem Praktischen Jahr in finanziell prekäre Situationen kommen. In unserem Antrag fordern wir, dass das Praktische Jahr attraktiver gestaltet wird.

- [GRÜNER Antrag](#)
- [Pressemitteilung zum Antrag](#)
- [Rede](#)
- [Pressemitteilung zur Mindestaufwandsentschädigung für Medizinstudenten](#)

## Gesundheit

Laut einer Untersuchung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zur Arbeitsbelastung schätzen nahezu alle sächsischen Lehrkräfte ihre als sehr hoch oder hoch ein. Dazu kommt, dass mit steigendem Berufsalter das ohnehin hohe Belastungsempfinden tendenziell weiter ansteigt. Von den über 30.000 sächsischen Lehrer\*innen fallen täglich rund 2.000 krankheitsbedingt aus. Einer Statistik der damaligen Sächsischen Bildungsagentur zufolge wächst parallel der Anteil langzeiterkrankter Lehrkräfte stetig. Wir haben einen Antrag in den

Landtag eingebracht. Die Gesundheit sächsischer Lehrer\*innen wollen wir mit der Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements schützen.

→ [GRÜNER Antrag: Gesundheit von Lehrer\\*innen schützen](#)

## **Mikroplastik**

Die zunehmende Verschmutzung von Wasser, Böden und Luft mit Mikroplastik belastet nicht nur die Umwelt, sondern kann zur Gefahr für die menschliche Gesundheit werden. Deshalb habe ich die Staatsregierung aufgefordert, der Entschließung des Bundesrates zur Einschränkung von Mikroplastikeinträgen zuzustimmen.

→ [Pressemitteilung: Mikroplastik als Gesundheitsgefahr](#)

## **Cannabis**

Mit Hilfe von vier Kleinen Anfragen wollte ich die Kosten der Cannabisstrafverfolgung in Sachsen ermitteln. Die Antworten der Staatsregierung zeigen, dass sie nicht gewillt ist, den Aufwand, den die Cannabisstrafverfolgung bei Polizei und Justiz verursacht, auch nur ansatzweise öffentlich darzustellen. Doch es ist davon auszugehen, dass die strafrechtliche Verfolgung von Cannabisdelikten zu erheblichen Kosten führt. Wenn circa die Hälfte der Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz in Sachsen auf Cannabis zurückzuführen sind, bindet dies erhebliche Ressourcen bei Polizei und Justiz. Mein Fazit: Die Durchsetzung des Cannabisverbots ist teuer, bleibt aber weitgehend wirkungslos und schädigt zudem Gesellschaft sowie Konsumentinnen und Konsumenten. Gerade für Menschen, die am Anfang ihres Berufslebens stehen, ist die Kriminalisierung besonders problematisch. Durch eine Legalisierung von Cannabis wären erhebliche Entlastungen bei der Polizei, den Staatsanwaltschaften und den Gerichten zu erwarten.

→ [Pressemitteilung](#)

## **Hebammen**

Erste Ergebnisse der Hebammenstudie wurden bereits letzten Sommer am Runden Tisch zur Hebammenversorgung in interner Runde präsentiert. Seitdem habe ich auf die Veröffentlichung gedrängt, zuletzt in der Fragestunde zur Landtagssitzung am 11. April. Eine Woche später wurde die Studie endlich veröffentlicht. Sie belegt die hohe Arbeitsbelastung und den Mangel an Hebammenleistung in einigen Regionen Sachsens, dem wir GRÜNE seit Jahren versuchen entgegenzuwirken, zum Beispiel mit dem GRÜNEN Haushaltsantrag, der das Landesprogramm zur Sicherung der Hebammenversorgung seit 2017 ermöglicht hat. Aus meiner Sicht gehört die Einführung des Hebammenstudiums ganz weit oben auf die Agenda der

Staatsregierung. De facto muss die konkrete Umsetzung noch in dieser Wahlperiode geklärt werden. Die Antwort von Sozialministerin Barbara Klepsch auf meine Kleine Anfrage ist er-  
nüchternd. Die Umsetzung der Akademisierung der Hebammenausbildung in Sachsen darf  
nicht zur Hängepartie werden!

- [Pressemitteilung zur Einführung des Hebammen-Studiums](#)
- [Mündliche Anfrage](#)
- [Hebammen-Studie](#)

## Sozialbericht

Ich habe in den letzten Jahren im Beirat zur Sozialberichterstattung mitgearbeitet. Hinter uns  
liegen viele Sitzungen und Diskussionen, wie der Neustart in die Sozialberichterstattung am  
besten gelingen kann. Nach 12 Jahren gibt es für Sachsen nun erstmals einen Bericht, der  
analysiert, wie die Lebenssituation der sächsischen Bürgerinnen und Bürgern in den verschie-  
denen Regionen aussieht. Betrachtet werden die Entwicklungen von 2005 bis 2015. Aktuellere  
statistische Daten liegen für die meisten Lebensbereiche leider nicht vor. Der Bericht ist also  
vielmehr ein Rückblick, als eine Momentaufnahme zu den Lebenslagen in Sachsen. Dem posi-  
tiven Fazit der Sozialministerin Barbara Klepsch (CDU) kann ich mich nur zum Teil anschlie-  
ßen. Wir GRÜNE haben uns leider ohne Erfolg dafür stark gemacht, das in Zusammenarbeit  
mit den Sozialverbänden auch ein Kapitel zur Wohnungslosigkeit in Sachsen erarbeitet und  
aufnimmt. Diesen Prüfauftrag im Koalitionsvertrag haben CDU und SPD gemeinsam beerdigt.  
Das ist fatal, denn es ist eines der drängendsten Probleme aktuell. In meiner Rede im April-  
Plenum habe ich klar benannt, welche Aufgaben in den analysierten Bereichen nun anstehen.

- [Rede](#)

## Impfpflicht

Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass die Impfquoten wieder deutlich steigen. Doch statt  
nach Zwang und Sanktionen zu rufen, muss die Impfberatung in den Gesundheitsämtern ver-  
stärkt werden. Der öffentliche Gesundheitsdienst steht gerade in Sachsen angesichts wach-  
sender Aufgaben mit dem Rücken zur Wand. Es bedarf dringend einer besseren personellen  
Ausstattung, um auf die Fragen und die Verunsicherungen im Zusammenhang mit Impfungen  
angemessen eingehen zu können. Gleichzeitig führen auch die in Sachsen immer wieder auf-  
tretenden Engpässe bei Impfstoffen die Diskussion um eine Impfpflicht ad absurdum. Eine ge-  
nerelle Impfpflicht halte ich jedoch für den falschen Weg. Entschiedene Impfgegnerinnen und  
-gegner gibt es nur sehr wenige. Häufiger sind Vorbehalte gegen einzelne Impfungen. Ein  
Impfzwang kann das Vertrauen in die Vorteile von Impfungen beschädigen.

- [Pressemitteilung zur Impfpflicht-Debatte](#)
- [Rede](#)

## **Kinder- und Jugendbeteiligung**

Im Januar fand im Sozialausschuss eine öffentliche Anhörung zu einem Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE statt. Die Anhörung hat mir deutlich gezeigt: Kinder und Jugendbeteiligung kann nicht gesetzlich vorgeschrieben werden. Sie muss projektbezogen und altersgerecht ermöglicht und unterstützt werden. Beteiligungsformate müssen zudem durch pädagogische Fachkräfte unterstützt werden. Der Sächsische Landtag sollte beim wichtigen Thema Kinder- und Jugendbeteiligung nicht nur die Kommunen in die Pflicht nehmen, sondern muss junge Menschen bei zentralen landespolitischen Entscheidungen endlich auch hören und einbeziehen. Die GRÜNE-Fraktion hat sich deshalb in den Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2019/20 dafür eingesetzt, das Modellprojekt 'Jugend bewegt Kommune' auf ganz Sachsen auszuweiten und ein Netzwerk zur Erprobung jugendgerechter Dialog- und Beteiligungsformate zu etablieren. Leider ohne Erfolg.

- [Pressemitteilung](#)

## **Psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung**

Der Ärztemangel Sachsen ist spürbar, auch in einem Bereich, der weniger Aufmerksamkeit bekommt: die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen. Ende 2016 hat sich die Bundesarbeitsgemeinschaft der Leitenden Klinikärzte für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie mit einem Brief an das Gesundheitsministerium gewandt. Nach deren Einschätzung mangelt es in Sachsen nicht unbedingt an stationären Plätzen, aber an Personal. Die unattraktiven Arbeitsbedingungen machen es schwer, neue Fachärzte zu finden, vor allem im ländlichen Raum. In den kinder- und jugendpsychiatrischen Kliniken in Arnsdorf bei Dresden, Rodewisch und Mittweida führt das zu monatelangen Wartezeiten für einen stationären Behandlungsplatz. Wir brauchen gute Prävention, die beste Versorgung und Nachsorge von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen, schnellere Hilfe in akuten Krisen, kürzere Wartezeiten und wohnortnahe Angebote. Den Antrag der Koalition haben wir zugestimmt, aber wir werden hier genau hinsehen, ob dann auch weitere konkrete Schritte folgen. Die Not der betroffenen jungen Menschen ist viel zu groß und die Aufgabe ist viel zu ernst, um sich hier mit Berichtsanträgen zu Frieden zu geben, die in der Realität keine Wirkung entfalten.

- [Rede](#)

## Familienfeiertag

Diejenigen, die in der DDR groß geworden sind, erinnern sich bestimmt gern an den Kindertag zurück. Der 1. Juni war kein gesetzlicher Feiertag, aber dennoch ein besonderer Tag – ohne Unterricht und mit vielen Aktionen für junge Menschen. Es war durchaus ein politischer Tag, aber auch für viele Familien ein Anlass, etwas Besonderes zu machen: einen Ausflug in den Zoo oder ins Schwimmbad. Die Tradition des DDR-Kindertags wieder einzuführen, finden bestimmt viele gut. Das Anliegen des Gesetzentwurfes, Familien mehr Zeit zu geben, teilen wir GRÜNEN. Ein neuer Feiertag kann das unterstützen, mehr aber auch nicht. Wichtiger und wirk-samer sind flexible Arbeits- und Familienzeitmodelle. Das heißt konkret: Gesetzliche Ansprüche auf berufliche Auszeiten und Garantien für einen Wiedereinstieg sowie flexible Arbeitszei-ten, die beiden Eltern neben dem Job auch Zeit mit ihrem Kind lassen. Aber ein gesetzlicher Feiertag, der immer auf einen Wochentag fällt, bedeutet eben auch Gewinnausfälle für die Wirtschaft und höhere Steuern für die sächsischen Bürgerinnen und Bürger. Sachsen leistet sich mit dem Buß- und Betttag bereits einen Feiertag, der bundesweit einmalig ist. Weitere ge-setzliche Feiertage, die auf Werkstage fallen, bedeuten also auch eine finanzielle Mehrbelas-tung für die Beschäftigten. Ich habe bereits im Sozialausschuss darauf hingewiesen, dass dazu mindestens die Familienverbände, die Wirtschaft und die Gewerkschaften angehört werden sollten. Wir GRÜNEN können einem Gesetz, das so viel ungeklärt lässt, so nicht zustimmen.

→ [Rede](#)

## Krankenhausgesetz

Bereits 2014 haben CDU und SPD im Koalitionsvertrag angekündigt, das Sächsische Kranken-hausgesetz zu „modernisieren“ und „Qualitätskriterien für die Krankenhausplanung“ zu berück-sichtigen. Passiert ist bisher nichts. Jetzt – ein paar Monate vor der Landtagswahl – hat die Ko-alition per Antrag eine Zukunftswerkstatt ins Leben gerufen, die dann wiederum drei Jahre Vorschläge erarbeiten soll. Wir haben im April-Plenum einen Änderungsantrag eingebracht. Denn es geht um die Krankenhausversorgung in Sachsen, nicht allein um Formulierungen in einem Gesetz. Und eine Zukunftswerkstatt, die sich nicht mit einer so zentralen Frage wie der Personalentwicklung im medizinischen und pflegerischen Bereich befasst, sollte sich nicht Zu-kunftswerkstatt nennen.

→ [Rede](#)

→ [GRÜNER Änderungsantrag](#)

## Pflegeversicherung

Auch in Sachsen steigen die Pflegekosten rasant, vor allem für Heimbewohnerinnen und -be-wohner. Nach Angaben der AOK Plus haben zum Jahresbeginn 181 der rund 800 Pflegeheime

im Freistaat neue Preisvereinbarungen mit der Pflegekasse abgeschlossen - mit Preissteigerungen teils bis über 30 Prozent. Ja, wir müssen über die explodierenden Heimkosten reden und Lösungen finden, damit aus Pflegefällen nicht auch noch Sozialfälle werden. Wir GRÜNE haben ein ausgearbeitetes Konzept für eine Pflege-Bürgerversicherung, mit der die Pflege gerecht und stabil finanziert werden kann. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen die Pflegeversicherung mitfinanzieren. Noch gibt es viel zu viele, die nicht einzahlen. Unabhängig davon müssen die Eigenanteile der Pflegebedürftigen gedeckelt werden, was bedeutet, dass mehr Steuermittel ins System fließen müssten. Die Idee ist: Wir drehen das System um und stellen es vom Kopf auf die Füße. Der Pflegeeigenanteil der Pflegebedürftigen wird gesetzlich festgelegt und damit gedeckelt, alle künftigen Kostensteigerungen für Personal, Qualität und neue Leistungen werden von den Pflegekassen übernommen.

- [Rede: Wir wollen eine solidarische Pflegeversicherung](#)
- [Rede: Pflege darf kein lukrativer Markt für Aktionäre sein](#)

Dieser Newsletter wird herausgegeben von:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden  
[www.gruene-fraktion-sachsen.de](http://www.gruene-fraktion-sachsen.de)

Volkmar Zschocke  
Sozial- und gesundheitspolitischer Sprecher  
Telefon: 0351 / 493 48 50  
Telefax: 0351 / 493 48 09  
[volkmar.zschocke\(at\)slt.sachsen.de](mailto:volkmar.zschocke(at)slt.sachsen.de)  
[www.volkmar-zschocke.de](http://www.volkmar-zschocke.de)

Tina Siebeneicher  
Parlamentarische Beraterin für Kinder und Jugend, SeniorInnen, Familie, Soziales, Menschen mit Behinderung und Gesundheit  
Telefon: 0351 / 493 48 26  
[tina.siebeneicher\(at\)slt.sachsen.de](mailto:tina.siebeneicher(at)slt.sachsen.de)

V.i.S.d.P.: Tina Siebeneicher

Abonnement und Abbestellung des Newsletters unter:  
[tina.siebeneicher\(at\)slt.sachsen.de](mailto:tina.siebeneicher(at)slt.sachsen.de)